

Handelsblatt, 13.05.2011

A. Lambsdorff: „Den Frust kann ich nachvollziehen“

Soll Deutschland noch mehr Geld zur Rettung des überschuldeten Griechenland bereitstellen? Darüber sprachen Thomas Sigmund und Sven Afhüppe mit dem FDP-Europaabgeordneten Alexander Graf Lambsdorff.

Handelsblatt: Können Sie den Frust der Euro-Skeptiker in den Fraktionen von CDU/ CSU und FDP verstehen?

Alexander Graf Lambsdorff: Ja, natürlich! Den Frust kann ich sehr gut nachvollziehen. In Griechenland gab es keine Naturkatastrophe, die die Solidarität Europas verlangt hätte. Wir haben über Jahre falsche Zahlen aus Athen bekommen. Da fühlt sich doch jeder unanständig behandelt. Solche Tricks mit nationalen Haushaltsdaten dürfen sich nicht wiederholen.

Handelsblatt: Warum geht in Griechenland trotz Hilfen nichts voran ?

Lambsdorff: Es war zu erwarten, dass die harten Sparauflagen die ökonomische Lage zunächst verschärfen würden. Genau das erleben wir jetzt. Hinzu kommt, dass die Regierung in Athen bisher mit der Privatisierung der Staatsunternehmen nicht vorankommt. Das muss jetzt endlich umgesetzt werden. Nach meiner Einschätzung wird Griechenland aber ohnehin mittelfristig nicht um eine Umschuldung herumkommen. Ich verstehe auch nicht, warum das von der Bundesregierung und der EU-Kommission nicht klipp und klar gesagt wird, zumal faktisch ja schon damit begonnen wurde - und zwar mit der Streckung der Tilgung.

Handelsblatt: Mehrere FDP-Mitglieder wollen die Euro-Hilfen stoppen. Hat dieser Antrag auf dem FDP-Parteitag eine Chance?

Lambsdorff: Die Parteiführung hat einen guten Antrag vorgelegt, der zeigt, dass sie regierungsfähig ist. Der Antrag der 14 Euro- Skeptiker aus dem Bundestag wird deshalb keine Mehrheit finden.

Handelsblatt: Alles andere wäre eine Katastrophe für den neuen Parteichef Rösler.

Lambsdorff: Die FDP muss europafähig sein, damit sie regierungsfähig ist. Das muss die Parteispitze durchsetzen, schließlich liegt die europäische Einigung bei aller Kritik nach wie vor im deutschen Interesse. Wir haben ja in dem Antrag etliche rote Linien eingezogen, angefangen vom Ultima-Ratio-Prinzip über die quasi-automatischen Sanktionen bis hin zur Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds. Ganz wichtig ist, dass keine Entscheidung über Maßnahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus gegen Deutschland getroffen werden kann, daher fordern wir auch ein Beteiligungsrecht des Bundestags.

Handelsblatt: Welches konkrete Recht meinen Sie?

Lambsdorff: Es muss künftig einen Parlamentsvorbehalt geben. Das Königsrecht des Bundestags, das Budgetrecht, darf nicht ausgehebelt werden.

(c) Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf Handelsblatt, 13.05.2011